

<p>Sozialer Dialog im Bausektor EFBH-FIEC Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ Bericht über die Sitzung am 15. April 2008 in Brüssel (9:30-13:00)</p>
--

## **Begrüßung und Vorstellung**

Herr Clappier (FIEC), der den Vorsitz der Sitzung führt, begrüßt die Teilnehmer.

### **1. Annahme der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird angenommen.

### **2. Genehmigung des Berichts über die Sitzung vom 15. November 2007**

Der Bericht über die Sitzung vom 15. November 2007 wird einstimmig genehmigt.

### **3. Follow-up zur Europäischen Konferenz über die Rolle der paritätischen Sozialfonds im Bausektor**

Slides sind dem Sitzungsbericht beigelegt.

Frau Reichert (AEIP) berichtet zusammenfassend über die Konferenz, die am 6./7. März in Warschau stattfand. Da der Bausektor der Wirtschaftszweig mit der höchsten Mobilität in Europa sei, komme der Einrichtung paritätischer Sozialfonds in den neuen Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Kapazitätsaufbau entscheidende Bedeutung zu. Polen, die Slowakei und Ungarn seien für die Einrichtung paritätischer Sozialfonds, die Tschechische Republik zögere noch. Polen habe um Hilfe beim Aufbau autonomer zweiseitiger paritätischer Fonds gebeten.

Die EFBH erklärt, die bilateralen Kontakte nähmen zu. Andere Mitgliedstaaten wie Bulgarien und Rumänien hätten ebenfalls Interesse an einer solchen Konferenz im eigenen Land. Die FIEC merkt an, die Sozialpartner könnten tätig werden, die neuen Mitgliedstaaten müssten dies jedoch anfordern.

Die EFBH ist an der Einführung eines „Gesundheits- und Sicherheitspasses“ interessiert. Die FIEC weist darauf hin, dass sie eine Erhebung zu diesem Thema eingeleitet hat. Die Ergebnisse würden auf der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe „Gesundheit und Sicherheit“ vorgelegt, die Erörterungen mit der Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ abgestimmt.

Um die Einrichtung paritätischer Sozialfonds zu unterstützen, vereinbaren EFBH und FIEC, ein gemeinsames Schreiben an die nationalen Behörden derjenigen Länder zu richten, die einen entsprechenden Wunsch geäußert haben. Die Sozialpartner kommen ferner überein, zusätzliche finanzielle Unterstützung für weitere Studien des AEIP zu beantragen; Einigkeit besteht auch darüber, dass eine gemeinsame Erklärung zu paritätischen Sozialfonds ein nützliches Instrument darstellt.

#### **4. Entwurf eines gemeinsamen Aktionsrahmens von EFBH und FIEC zur nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit**

Die FIEC fasst die Vorgeschichte des gemeinsamen Entwurfs zusammen, beginnend mit der Konferenz in Helsinki, auf der es den Sozialpartnern nicht gelang, einen gemeinsamen Entwurf zu unterzeichnen, bis zur Vollsitzung im Dezember 2007, auf der die Art des Dokuments strittig war. Die FIEC hebt hervor, dass sie die „nicht angemeldete Erwerbstätigkeit“ als Thema des sozialen Dialogs beibehalten möchte, einen „Aktionsrahmen“ jedoch nicht als geeignetes Instrument betrachtet, da Aktionen vor allem von den nationalen Mitgliedern ausgehen sollten und es ihr daher problematisch erscheint, etwas zu unterzeichnen, das nicht vollständig in die Zuständigkeit der europäischen Sozialpartner fällt.

Die EFBH bedauert, dass es trotz der harten Arbeit von zwei Jahren und der Lösung einiger großer Probleme nicht gelungen ist, zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Unter diesen Umständen zieht es die EFBH vor, die Arbeit zu diesem Thema einzustellen und das Thema auch aus dem gemeinsamen Arbeitsprogramm 2008-2011 zu streichen.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass beide Seiten kurz davor waren, eine gemeinsame Position zu finden, und bedauert die Schlussfolgerungen der EFBH. Herr Campogrande (FIEC) schlägt vor, das Thema im Arbeitsprogramm zu belassen, und erklärt, die kommenden Monate könnten genutzt werden, um eine Vereinbarung möglich zu machen. Die EFBH bleibt bei ihrer Ansicht, dass es den Sozialpartnern nicht gelungen ist, beizeiten eine Vereinbarung zustande zu bringen. Es gelte, klar Position zu beziehen, daher müsse das Thema aus dem gemeinsamen Arbeitsprogramm gestrichen werden.

#### **5. Erste Aussprache über die Studie der Stiftung in Dublin über die Bekämpfung der nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit („Tackling undeclared work in the European Union“)**

Herr Campogrande (FIEC) weist auf die Website der Stiftung in Dublin hin:

<http://www.eurofound.europa.eu/areas/labourmarket/tackling/search.php>.

Er regt an, Möglichkeiten zu prüfen, der Stiftung Daten zur Verfügung zu stellen. Die EFBH zeigt sich zufrieden, dass die Stiftung in Dublin das Thema „nicht angemeldete Erwerbstätigkeit im Bausektor“ aufgegriffen hat. Nach Meinung von Herrn Buelen (EFBH) fehlt es an konkreten Ergebnissen (die Ergebnisse hätten lediglich beschreibenden Charakter) und an detaillierteren Informationen über Rechtsvorschriften und Vereinbarungen der Sozialpartner. Er schlägt vor, ein gemeinsames Schreiben an die Stiftung in Dublin zu richten. Die italienischen EFBH- und FIEC-Vertreter weisen auf einen Fehler betreffend Italien hin. Die Anmeldung bei den paritätischen Sozialfonds sei obligatorisch und nicht, wie in der Studie dargestellt, fakultativ. Sie werden Eurofound um Korrektur des Textes bitten.

#### **6. Fertigstellung des gemeinsamen Arbeitsprogramms 2008-2011 von EFBH und FIEC**

Das Arbeitsprogramm 2008-2011 wird nach Streichung des Punktes „nicht angemeldete Erwerbstätigkeit“ angenommen.

## **7. Neuer Ansatz für die gemeinsame Studie von EFBH und FIEC zur Selbständigkeit und Scheinselbständigkeit im Bausektor**

Herr Buelen (EFBH) berichtet über die jüngsten Entwicklungen. Die Kommission habe den Betrag für die Sachverständigen gekürzt. Ein neuer Sachverständiger aus Rumänien sei gefunden worden. Die Kommission habe zugestimmt. Zwei Fragen seien noch offen: die Verringerung der Zahl der Sachverständigen und die Fristverlängerung. Die Kommission sei um rasche und positive offizielle Antwort gebeten worden.

## **8. Entsenderichtlinie**

- a) Gemeinsame Datenbank und Website von EFBH und FIEC zur Entsendung von Arbeitnehmern im Bausektor
- b) Hochrangige Sachverständigengruppe (gemeinsames Schreiben von EFBH und FIEC)

a) Herr Campogrande (FIEC) berichtet über den aktuellen Stand. Die vorhandene Datenbank müsse aktualisiert werden. Ein Antrag auf Finanzhilfe im Rahmen der Haushaltslinie der GD EMPL für den sozialen Dialog sei gestellt worden, aber im Hinblick auf künftige Aktualisierungen der Datenbank müssten auch andere Finanzierungsmöglichkeiten in Erwägung gezogen werden. Als Sprachen könnten nur Englisch und die jeweilige Landessprache verwendet werden, der Input sollte von den nationalen Sozialpartnern kommen, die auch die nationalen Berichte validieren müssten. Die Datenbank sollte von den Sozialpartnern verwaltet werden, um die Pflege und Aktualisierung zu erleichtern.

Die EFBH stimmt dem zu und betont die Notwendigkeit einer Aktualisierung.

b) EFBH und FIEC vereinbaren, ihre Mitglieder in einem gemeinsamen Schreiben dringend aufzufordern, alles Notwendige auf nationaler Ebene zu unternehmen, um die Mitwirkung der sektoralen Sozialpartner im künftigen Hochrangigen Ausschuss zur Entsenderichtlinie sicherzustellen.

## **9. Verschiedenes**

Frau Dufour (FIEC) berichtet über die Rechtssache Rüffert, ein neues Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das im Zusammenhang mit den Rechtssachen Laval und Viking gesehen werden müsse.

EFBH und FIEC sind besorgt, dass der Europäische Gerichtshof in die Tarifpolitik eingreift und Unternehmen, die Tarifvereinbarungen einhalten, Wettbewerbsnachteile erleiden. Eine Anpassung der Entsenderichtlinie wird nicht für notwendig gehalten.

Die Diskussion wird fortgesetzt.

## **10. Nächste Sitzungen**

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ findet am 21. November 2008 statt.